

Handbuch Internationale Ermittlungen

Fahrner

2020

ISBN 978-3-406-71220-3

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Matthias Fahrner
Handbuch Internationale Ermittlungen


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Internationale Ermittlungen

Dr. Matthias Fahrner

Ministerialrat a.D. in Baden-Württemberg
z. Zt. abgeordnet an die Universität Konstanz

2020


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H.BECK

Zitiervorschlag: *Fahrner* Internationale Ermittlungen § Rn.



www.beck.de

ISBN 978 3 406 71220 3

© 2020 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Kösel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Dass ein gescheitertes Rechtshilfeverfahren eine jener zentralen Stationen war, von der aus der Zug des alten Europas 1914 über den Balkan in seine lange Nacht der Zerstörung und Dunkelheit abfuhr, dürfte heute nur noch wenigen Experten bekannt sein. Nach dem erfolgreichen Terrorattentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger und seine Frau in Sarajevo durch eine Organisation großserbischer Nationalisten stellte die kaiserliche und königliche Regierung am 22.7.1914 dem Königreich Serbien ein harsches Ultimatum, das sich am 25.7.1914 bereit erklärte, dem bedingungslos in allen Punkten nachzukommen – bis auf einen, der dann der Anlass für die erste Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien und jene Lawine an Kriegserklärungen auslöste, die schließlich das alte Europa unter sich begrub: Serbien erklärte sich zu umfassender Zusammenarbeit, Verfolgung und Verhaftung auch eigener Beamter und Offiziere bereit. Es verweigerte lediglich eine Beteiligung österreichisch-ungarischer Emissäre an den eigenen strafrechtlichen Untersuchungen des Attentats und der Verfolgung etwaiger Beteiligten im eigenen Land, weil dies der eigenen Verfassung und Strafprozessgesetzen widersprechen würde.¹ Seine ausführliche Begründung unter Bezugnahme auf seine Verfassung und sein Strafsystem half damals Serbien, die Sympathie der Weltöffentlichkeit wiederzuerlangen, was nicht zuletzt schnell und dauernd die Kriegsschuldfrage und das weitere Geschehen mitbestimmen sollte.

Heute, nach einem Jahrhundert mit nicht wenigen Tiefen und Höhen für Europa und die Welt, wirkt vieles, als werde sich doch im Großen und Ganzen als Lehre aus alledem eine bessere nachbarschaftliche Koexistenz, verstärkte Kooperation und – vor allem in engeren Kreisen – verdichtete inter- und supranationale Koordination immer mehr durchsetzen. Indes, scheinen die Rückschläge – bis hin zu zumindest verbalen Rückfällen in alte Zeiten – und Herausforderungen gerade für die internationale Zusammenarbeit nicht auszugehen. Auch in der jüngeren Zeitgeschichte hat das Recht der Beweismittel- und Informationserhebung gerade in Bezug auf die Strafverfahren stets spannende Bezüge aufzuweisen, denkt man etwa an wechselseitige extensivste Überwachungsaktivitäten der Nachrichtendienste gegenüber Politikern und Bürgern, den sog. „Cyberwar“, Aufklärungsmissionen wie beispielsweise im Fall al-Hariri, in Srebrenica, beim Lockerbie-Attentat oder Flug MH-17, an den Ankauf von Kontendaten von „Steuerflüchtlings“, die „Panama-Papers“ oder Streitigkeiten über „Privacy Shields“, Fluggastdaten, und vieles mehr.

Die persönliche Reise des Autors zu diesem Buch begann, wie nicht selten, mit einer *prima facie* harmlosen Rechtsfrage in einem Verfahren in „seiner“ großen Strafkammer. Es ging um die Detailfrage, ob und wie in einem auf Konfliktverteidigung angelegten komplexeren Verfahren wegen größerer transeuropäischer Betäubungsmitteltransaktion mit sechs beteiligten Ländern die Verwertung von Gesprächsaufzeichnungen, die im Rahmen einer deutschen Observation mit technischen Hilfsmitteln im Fahrgastraum eines Pkw aufgenommen wurden, während sich das Fahrzeug ungeplant in einem anderen Staat befand, verwertet werden dürften. Schnell stellte sich die Frage, ob die nach außen in

¹ „Le Gouvernement Royal serb a reçu la communication du Gouvernement Impérial et Royal du 10 [23] de ce mois, et il est persuadé que sa réponse éloignera tout malentendu qui menace de gâter les bons rapports de voisinage entre la Monarchie austro-hongroise et le Royaume de Serbie.... 6° Le Gouvernement Royal – cela va de soi – considère de son devoir d'ouvrir une enquête contre qui sont ou qui éventuellement auraient été mêlés au complot du 15/28 juin et qui se trouveraient sur le territoire du Royaume. Quant à la participation de cette enquête des organes des autorités austro-hongroises, qui seraient délégués à cet effet par le Gouvernement I. et R. le Gouvernement Royal ne peut pas l'accepter, car ce serait une violation de la Constitution et de la loi sur la procédure criminelle. Cependant dans des cas concrets des communications sur le résultats de l'instruction en question pourraient être données aux organes austro-hongrois.“, zit nach: Ministerium des K. und U. Hauses und Äußeren: Österreichisch-Ungarisches Rotbuch. diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien in der Zeit v. 20.7.1914 bis 23.5.1915, Mainz 1915, Nr. 25.

Vorwort

keiner Weise sichtbare Aufzeichnung, die erst wieder in Deutschland durch die Ermittler gesichert und abgehört werden konnte, einen Eingriff in die Hoheitsrechte des Nachbarstaats darstellen würde und wenn ja, wie überhaupt dessen Zustimmung zur Verwertung beschafft werden könnte.

Während der Tätigkeit als Strafrichter in einem Grenzbezirk, mit Rechtshilfefragen betrauten und bei den landesweiten Qualitätszirkeln teilnehmenden Dezernent einer Staatsanwaltschaft, ergab sich der Eindruck, dass bei den sehr guten weiterführenden Kommentaren und der Fülle an sehr spezifischen Aufsätzen doch eine systematische Einführung und Zusammenstellung des internationalen Beweis- und Informationsrechts weiterhin drängend ausstehe. Bei all dem blieb der Eindruck eines besonders unzugänglichen und rechtsunsicheren Gebietes, das erfahrenere Kolleginnen und Kollegen mieden, wo es nur möglich war. Nicht zuletzt, um in Zeiten immer höherer von außen gebotener „Schlagzahlen“ der Justiz zeitintensive „Nachforschungen“ mit erneuter Einarbeitung für jeden Einzelfall zu vermeiden, kam die Idee auf, in einem knappen Skript zumindest die *essentialia* zur Beseitigung der größten Zugangsschranken auch für den Kreis von Kolleginnen und Kollegen zusammenzustellen, mit denen sich häufig entsprechende Diskussionen „über den Gang“ ergaben.

Im Weiteren reiften allerdings Interesse und Anspruch, die komplexeren Probleme der diplomatischen Amts- und internationalen Rechtshilfe im Zusammenhang mit einem Untersuchungsausschuss aufzugreifen, aber auch in der Rückbesinnung auf die informations- und datenschutzrechtlichen Fragestellungen aus früheren Tätigkeiten im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie im Fokus zwischen Sicherheitsbehörden, zuständigem Landesministerium, Bundesrat, Bundestag und der europäischen Ebene einzubeziehen. Nicht zuletzt halfen frühere Einblicke als Praktikant bei den Vereinten Nationen in New York während der dortigen Beratung und Verabschiedung der *Elements of Crime of the International Criminal Court* und in Brüssel während der Diskussion des Anerkennungsprinzips im damaligen Europäischen Verfassungsvertrag, die Thematik zu vertiefen.

Dass das vorliegende Werk abgeschlossen werden konnte, verdankt es namentlich Herrn VRiBayObLG a. D. Prof. Dr. *Bernd von Heintschel-Heinegg* und meinen stets unterstützenden Eltern. Ihnen bin ich zu außerordentlichem Dank verpflichtet.

Besonderer Dank für ihren – jeweils unterschiedlichsten – Rat, ihre Hinweise, ihren Ansporn, auch bei der kritischen Durchsicht und andere gute Dienste gebührt an dieser Stelle:

- Dr. *Franz Baumann*, Assistant Secretary General of the United Nations Organisation a. D.;
- Dr. *Wolfgang Münch*, Bundesministerium der Finanzen, ehemaliger Inspektor der Joint Inspection Unit des UN-Systems;
- Direktor *Andreas Owe Vaagt*, Rechtsabteilung des Sekretariats der Vereinten Nationen;
- Vortragende Legationsrätin Dr. *Annette Weerth* und Legationsrat I. Klasse *Arne Hartig*, Auswärtiges Amt;
- Ministerialräte *Edgar Ratzwill* und *Thomas Weber* sowie allen früheren Kolleginnen und Kollegen im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz;
- Regierungsdirektor Dr. *Holger Karitzky*, Bundesamt für Justiz;
- Ministerialräte a. D. Dr. *Gerhard Lechleitner* und *Harald Georgii*, Deutscher Bundestag;
- Vizepräsident a. D. *Wolfgang Drexler*, MdL, Ministerialdirigent *Andreas Finkenbeiner*, Parlamentsrat *Simon Letsche* sowie parlamentarische Berater Dr. *Philipp Ronsfeld* und *Johanna Molitor*, Landtag von Baden-Württemberg;
- Oberstaatsanwalt *Benedikt Welfens*, Landtag von Brandenburg, zuvor Eurojust;
- Senator Dr. *Herbert O. Zinell*, Ministerialdirektor im Innenministerium Baden-Württemberg a. D.;
- Ministerialrat Dr. *Philipp Zinkgräf*, Kriminaloberrat *Hartmut Keil* und Kriminalhauptkommissar *Markus Steigner*, Innenministerium Baden-Württemberg;

- Erster Kriminalhauptkommissar *Jürgen Münch*, Landeskriminalamt Baden-Württemberg;
- Professor Dr. *Marco Mansdörfer*, Professor Dr. *Franz C. Mayer*; Professor Dr. Dr. h. c. *Ingolf Pernice*, sowie Frau Privatdozentin Dr. *Anna-Katharina Mangold*;
- sowie meinen früheren Kolleginnen und Kollegen rund um die 5. Große Strafkammer des Landgerichts Stuttgart, der Staatsanwaltschaft Rottweil, im Landgerichtsbezirk Konstanz, im Landtag von Baden-Württemberg und der Universität Konstanz namentlich Frau Prof. Dr. *Liane Wörner*, den Kollegen im Bereich Strafrecht einschließlich Herrn Dr. *Christian Brand* sowie Herrn Dr. *Christian Strasser-Gackenhaimer* und dem gesamten Fachbereich für ein überaus anregendes und motivierendes Umfeld beim Abschluss der Arbeit.

Dem Verlag C. H. Beck und insbesondere seinem Lektorat unter der Leitung von Frau Bärbel Smakman danke ich für die Aufnahme in sein Programm und die hervorragende Begleitung.

Das Werk ist auf dem Stand v. 1.6.2019, es bezieht bereits umzusetzende Rechtsakte der EU, namentlich die Europäische Ermittlungsanordnung, ein. Allerdings kann jedes gedruckte Werk, zudem von einem einzelnen Autor, lediglich eine Momentaufnahme des Rechts geben. Das weitere Rechtshilfe-, Datenaustausch- und Datenschutzrecht im Rahmen der EU hat gerade in den letzten Monaten eine Dynamik entfaltet, die einen Nachvollzug, um auf der Höhe des aktuellen Rechtsstandes zu sein, zu einer wahrhaft dauerhaften Sisyphus-Aufgabe werden lässt. Mit der Neukonstituierung von Europäischem Parlament und Kommission bot sich ein kurzer Ruhepunkt an. Parallel stehen allerdings nicht nur nationale Umsetzungsakte, grundsätzliche Fragen wie zur Staatsanwaltschaft als Justizbehörde im Unionsrecht, weitere Projekte wie die europäische Identitätsermittlungsplattform oder aber die unklare weitere Beteiligung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland im Bereich der strafrechtlichen Kooperation im Zuge des „Brexit“ im Raum. Obwohl sich der Autor nach Kräften um Korrektheit und Vollständigkeit bemüht hat, können Ungenauigkeiten und Fehler nicht ausgeschlossen werden. Umso mehr gilt der alte Grundsatz der Rechtshilfeferenten: Nichts Geschriebenes kann völlig die persönliche Nachfrage und den persönlichen Kontakt ersetzen!

Der Autor dankt in diesem Sinn ebenso für jeden Hinweis und Verbesserungsvorschlag, der der Anwendungspraxis dieses faszinierenden Rechtsbereichs weiter zugute kommen kann.

Stuttgart, den 1.6.2019

Matthias Fahrner



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur	XLIII
1. Kapitel. Einleitung	1
A. Informationszugänge im Überblick	1
B. Internationale Ermittlungen aus Sicht der Beteiligten im Strafverfahren ..	4
C. Art und Weise internationaler Ermittlungen	5
D. Besonderheiten im anschließenden Verfahren	8
E. Rechtsschutz	9
F. Aktuelle Entwicklungen	9
2. Kapitel. Unmittelbare Informationsgewinnung deutscher Ermittlungsorgane im Ausland bzw. bei Auslandsbezug	15
§ 1 Grundlagen	15
A. Kompetenz und völkerrechtliche Schranken	15
I. Grundsatz der Inlandsorientierung	15
II. Völkerrechtliche Zulässigkeit grenzüberschreitender Ermittlungen ..	15
B. Grundrechtliche Schranken	22
I. Deutsches Verfassungsrecht	22
II. Unionsgrundrechte und völkerrechtliche Menschenrechte	24
§ 2 Ermittlungshandlungen und fremde Hoheitsrechte	24
A. Internationale Immunitäten und Exemtionen	24
I. Überblick	24
II. Staatliche Repräsentanten	25
III. Allgemeine Staatenimmunität	27
IV. Internationale und supranationale Organisationen	27
B. Grenzüberschreitende Militärstationierungen und -einsätze	29
I. Überblick	29
II. Besatzungsrecht in Deutschland	30
III. NATO	30
IV. Europäische Union	37
V. System der Vereinten Nationen	38
VI. Sonstige völkerrechtliche und deutsche Regelungen	38
C. Schiffe und Gewässer	40
I. Überblick	40
II. Seen, Flüsse und Flussmündungen	40
III. Meere	44
D. Luftfahrzeuge und Luftraum	52
I. Überblick	52
II. Grenzüberschreitende polizeiliche Luftraumnutzung	53
III. Landeverlangen	53
IV. Flaggenprinzip und Ermittlungen bei Luftfahrzeugen	54
V. Datenerhebung bei Luftfahrtbetreibern	56
E. „Staatsferne Räume“: Antarktis, Weltraum und Weltraumgegenstände ..	57
I. Antarktis	57
II. Weltraum	58

Inhaltsverzeichnis

F. Internationale Postsendungen	60
I. Weltpostvertrag	60
II. Zollrechtliche Kontroll- und Anhaltebefugnisse	61
§ 3 Strafrechtliche Ermittler im Ausland	61
A. Grundsätze	61
B. Grenzüberschreitende Observation	64
I. Voraussetzungen	65
II. Durchführung	67
III. Verfahren nach Durchführung	69
C. Grenzüberschreitende Nacheile	69
I. Voraussetzungen	70
II. Durchführung	72
III. Verwertbarkeit von Informationen	73
D. Gemeinsame Ermittlergruppen	74
I. Europäische Union	74
II. Andere internationale Grundlagen	77
E. Weitere Formen der (offenen) Beteiligung polizeilicher Ermittler im Ausland	78
I. Verbindungsbeamte und gemeinsame Zentren	78
II. Fallbezogen entsandte Ermittler und Verbindungsbeamte	81
III. Grenzüberschreitende Fahndungsaktionen	82
IV. Grenzüberschreitende Entsendung von Spezialeinheiten zur Strafverfolgung	82
V. Ermittler für konkrete Maßnahmen im Rahmen der Rechtshilfe	82
F. Einsatz verdeckter Ermittler im Ausland	83
I. Grundlagen	83
II. Rechtshilferechtliche Voraussetzungen	84
III. Ersuchen und Vereinbarung	85
IV. Durchführung	86
V. Anschlussverfahren	87
§ 4 Unmittelbare Ladungen und Kontakt zu Personen im Ausland	87
A. Grundlagen	87
B. Unmittelbare Übersendung von Ladungen und Verfahrensurkunden	88
C. Art und Weise der unmittelbaren Kommunikation	89
D. Kommunikation über eine deutsche Auslandsvertretung	91
E. Unmittelbare Kommunikation für Verfahrensbeteiligte	92
§ 5 Konsularische Vernehmungen	92
§ 6 Teilnahme an Ermittlungsmaßnahmen eines anderen Staates und eigene Verhandlungen im Ausland	94
§ 7 Grenzüberschreitende technikgestützte Ermittlung	96
A. Überblick	96
B. Fernerkundung und offene Abtrahlungen	96
C. Offene Informationsquellen in Datennetzen, insbesondere im Internet	97
D. Grenzüberschreitende Telekommunikationsüberwachung und unmittelbare Datenerhebung bei Diensteanbietern	98
I. Grundsätze	98
II. Europäische Union	99
III. Sonstige Staaten	101
E. Fernzugriff auf nicht offen zugängliche Computersysteme	101
§ 8 Umwidmung grenzüberschreitender (präventiv-)polizeilicher Erkenntnisse	104
A. Grenzüberschreitende Einsätze	104
I. Allgemeine Regelungen der Europäischen Union	104
II. Ergänzungsvereinbarungen mit den deutschen Nachbarstaaten	107

III. Inländisches Recht	109
IV. Verwertung	110
B. Präventivpolizeilicher Datenaustausch	110
3. Kapitel. Informationserhebung unter Einschaltung ausländischer Stellen	115
§ 9 Grundlagen	115
A. Rechtsgrundlagen	115
I. Überblick	115
II. Schneller Überblick für die Praxis	117
III. Rechtshilfegrundlagen im Einzelnen	118
B. Anwendbares Recht	135
I. Problemlage und Überblick	135
II. Anwendbares Recht für die Durchführung bzw. Vornahme der Rechtshilfehandlung	136
C. Grund- und Verfahrensrechte der Betroffenen	140
I. Schutz in den Rechtshilfeinstrumenten	140
II. Internationale Menschenrechtsverbürgungen	141
III. Begründung aus dem innerstaatlichen Recht	143
IV. Konkreter Rechtsschutz	148
§ 10 Spontanübermittlungen	149
A. Anzeigen und Verfolgungsübernahmeersuchen	150
I. Strafanzeige, Strafverlangen, Strafantrag, Verfahrensübernahme	150
II. Internationale Grundlagen	151
B. Übermittlung von Ergebnissen von Strafverfahren	152
I. Europäische Union	152
II. Europarat	153
III. Weitere bi- und multilaterale Übereinkommen	153
C. Spontanübermittlung von interessierenden Informationen	154
I. Deutsches Recht	154
II. Europäische Union	154
III. Internationale Übereinkommen	156
§ 11 Voraussetzungen der Rechtshilfe auf Ersuchen	158
A. Allgemeine Voraussetzungen	158
I. Grundlagen nach deutschem Recht	158
II. Zulässigkeit nach einem konkreten Rechtshilfeinstrument	158
III. Zulässigkeit bei vertragsloser Rechtshilfe	165
B. Beschränkungen	165
I. Allgemeine Hinweise	165
II. Einzelne Ablehnungsgründe	166
C. Besonderheit der polizeilichen Rechts- und Amtshilfe	181
I. Begriff und Gegenstand	181
II. Anwendbare Rechtsgrundlagen	182
III. Innerstaatliche Zuständigkeit und Befugnisse	185
IV. Besondere Zusammenarbeitsebenen	188
V. Besonderheiten im Verfahren	192
VI. Regierungsvereinbarungen zur Bekämpfung bestimmter Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität	194
D. Die Europäische Ermittlungs- bzw. Beweisordnung	196
I. Überblick	196
II. Geltungsbereich	197
III. Gegenstand	198
IV. Verfahren	198

Inhaltsverzeichnis

§ 12 Das Ersuchen und sein Gang im ersuchenden Staat	200
A. Zuständigkeiten und Gang des Ersuchens	200
I. Überblick und Problemlage	200
II. Konkrete Zuständigkeiten nach deutschem Recht	201
III. Normierte Geschäftswege und Beteiligte	204
IV. Ausgestaltung in den Einzelnen Rechtshilfebeziehungen	206
V. Praxishinweis: Vorgehen im konkreten Fall	211
B. Schriftform und alternative Übermittlungsformen	219
C. Form und notwendige Angaben	220
I. Formulare	221
II. Allgemeine Förmlichkeiten	222
III. Bestandteile des Ersuchens	222
IV. Besondere Anforderungen der einzelnen Rechtshilfeinstrumente	226
D. Übersetzung	229
I. Übersetzungspflicht	229
II. Durchführung der Übersetzung	231
E. Mehrfertigungen	232
F. Authentizitätsnachweis	232
I. Erforderlichkeit	232
II. Form	233
G. Technische Übermittlung des Ersuchens	235
I. Traditionelle Übermittlungsform	235
II. Alternative Übermittlungsformen	235
§ 13 Weiteres Verfahren und Kommunikation	236
A. Prüfung und Bewilligung	236
I. Zuständigkeiten und Empfang	236
II. Prüfungsumfang und Auslegung	237
III. Schwierigkeiten bei der Erledigung, Konsultation und Ergänzungen	240
IV. Ablehnung	243
V. Zeitpunkt und Aufschub der Durchführung	245
VI. Bedingungen	248
B. Durchführung, vorbereitende und ergänzende Maßnahmen	249
I. Überblick	249
II. Europäische Ermittlungsanordnung	250
C. Teilnahme an Rechtshilfehandlungen des ersuchten Staates	250
I. Überblick: Verfahrensrechte und weiterer Nutzen	250
II. Rechtshilferechtliche Gewährleistungen	251
III. Organisation der Teilnahme von Verfahrensbeteiligten	254
IV. Organisation der Teilnahme der Ermittlungsorgane des Bezugsverfahrens	255
V. Ausländische Bedingungen und Wünsche	258
D. Übermittlung der Ergebnisse	259
I. Allgemeine Regelungen	259
II. Schriftliche Unterlagen	260
III. Gegenstände	262
IV. Aussagen von ausländischen Amtsträgern	266
V. Daten und elektronische Kommunikation	268
E. Begleitende und Folgemaßnahmen im ersuchenden Staat	270
I. Weitere Kommunikation mit dem ersuchten Staat	270
II. Spätere Mitteilungen an den übermittelnden Staat	271
III. Weiterübermittlungen im ersuchten Staat	272
IV. Praxishinweis: Innerstaatliche Nachberichtspflichten	272

Inhaltsverzeichnis

F. Kostenerstattung	273
I. Erstattungsfreiheit und Erstattungspflicht	273
II. Konsultationspflicht	275
III. Innerstaatliche Abwicklung	275
§ 14 Informationserhebungen bei ausländischen Stellen	276
A. Auskünfte allgemein	276
B. Besonderer Datenaustausch	277
I. Schneller Datenaustausch auf polizeilicher Ebene innerhalb der EU	277
II. Austausch im Rahmen der Terrorismusbekämpfung innerhalb der EU	282
III. Austausch im Rahmen der Terrorismusbekämpfung außerhalb der EU	285
C. Rechtsauskünfte	287
I. Europäisches Justizielles Netz	287
II. Europarat	287
III. Sonstige Rechtsauskünfte	290
D. Auskünfte und Übersendungen aus Akten	290
I. Rechtsgrundlagen	290
II. Ersuchen	291
III. Übersendung	292
E. Auskünfte aus bestimmten Registern und behördlichen Informationssystemen	292
I. Strafregistrauskünfte	292
II. Ausländer-/Aufenthaltsregister	298
III. (Straßen-)Verkehrsregister	302
IV. Waffenregister	305
V. Verwaltungsrechtliche Informationssysteme im Rahmen der EU	306
F. Analysen und Lagebilder	309
I. Geldfälschung	309
II. Betäubungsmittel	310
III. Gefälschte und echte (Ausweis-)Dokumente	310
IV. Sonstige Bereiche	310
G. Herausgabe von Unterlagen und Gegenständen	311
I. Rechtsgrundlagen	311
II. Anwendungsbereich	311
III. Ersuchen	312
IV. Richterlicher Beschluss	312
V. Weitere besondere Voraussetzungen und Durchführungsregeln	313
§ 15 Informationserhebung durch Rechtshilfe an oder bei Dritten	314
A. Überblick	314
B. Beweiserhebung von und an Personen	315
I. Überblick und allgemeine Anforderungen	315
II. Vernehmung im Inland und Ladung im Ausland	324
III. Überstellung zu Ermittlungszwecken ins Inland	331
IV. Transnationale Videosimultanübertragung	338
V. Telefonkonferenz	346
VI. Vernehmungen durch die ersuchte Stelle	348
VII. Überstellung eines im Inland oder sonst Inhaftierten zur Beweisaufnahme im Ausland für ein inländisches Verfahren	360
VIII. Klassischer Erkennungsdienst und Daktyloskopie	364
IX. Körperliche Untersuchungen und DNA	370
C. Fahndung, Observation und verdeckte Ermittlungen	374
I. Personen- und Sachfahndung	374

Inhaltsverzeichnis

II. Kontrollierte Lieferung	378
III. Observation	384
IV. Einsatz verdeckter Ermittler und vertraulicher Informanten	386
D. Beschaffung von Gegenständen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen ..	392
I. Überblick	392
II. Beschlagnahmen und Durchsuchungen	395
III. Beschlagnahmen und Durchsuchungen im Rahmen der EU	402
E. Informationstechnische Systeme und Daten	409
I. Allgemeine Grundlagen	409
II. Umgehende vorläufige Sicherung und Ermittlungen	417
III. Beweiserhebung bezüglich Computerdaten und -systemen	420
IV. Datenerhebung in Echtzeit	424
F. Telekommunikation	426
I. Überblick	426
II. Bereits erfolgte Telekommunikationen	428
III. Zukünftige Telekommunikation	429
G. Wirtschaftsbeziehungen	434
I. Finanzdaten	434
II. Fluggastdaten	449
§ 16 Strafrechtlicher Informationsaustausch über supranationale Zentraldateien ..	454
A. SIS – Schengen-Informationssystem	454
I. Überblick und Rechtsgrundlagen	454
II. Ausschreibungszwecke	456
III. Datenverarbeitung im Rahmen des SIS	458
B. Europol-Informationssystem und SIENA	462
I. Europol-Informationssystem (EIS)	463
II. SIENA – Netzanwendung für sicheren Informationsaustausch	464
C. EU-Zollinformationssystem (ZIS)	464
I. Zweck und Rechtsgrundlagen	464
II. ZIS-Datenverarbeitung im engeren Sinn	465
III. Aktenauskunftssystem FIDE	467
§ 17 Informationserlangung über inter- und supranationale Einrichtungen	468
A. Eurojust, Europäisches Justizielles Netz und internationale Netzwerke ..	468
I. Europäisches Justizielles Netz	469
II. Eurojust	471
III. Weitere Strafverfolgungs-Netzwerke	476
B. Europol	477
I. Struktur	479
II. Zuständigkeiten	480
III. Allgemeine Aufgaben und Befugnisse	482
IV. Informationsverarbeitung	484
C. Interpol	496
I. Überblick	496
II. Datenverarbeitung allgemein	497
III. Besondere Datenverarbeitungsformen	500
IV. Zugriff und Weiterverarbeitung	504
V. Datenschutz und Datensicherheit	507
D. Erhebung von Daten zwischen- und überstaatlicher Einrichtungen	507
I. Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA)	508
II. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	509
III. Organe und andere Stellen der EU	512
IV. Internationale Strafgerichtshöfe	514
V. Sonstige internationale Organisationen	515

Inhaltsverzeichnis

4. Kapitel. Verarbeitung und Nutzung ausländischer Informationen	519
§ 18 Überblick über bestehende Verarbeitungsschranken	519
A. Systematik	519
B. Zustimmungsvorbehalte und Verarbeitungsverbote	521
C. Verarbeitungsschranken aus erheblichen und fortwirkenden Rechtsfehlern	523
§ 19 Datenschutz und Datensicherheit	525
A. Überblick	525
I. Systematik	525
II. Europäische Union	527
III. Datenschutzübereinkommen des Europarats	534
IV. Weitere Rechtshilfeübereinkommen	535
B. Datenschutzgrundsätze	536
I. Allgemein	536
II. Europäische Union – JI-RL	537
C. Technisch-organisatorische Vorkehrungen, Dokumentation und Kontrolle	538
I. Verarbeitung allgemein	539
II. Übermittlungsvorgänge	540
III. Datensicherheit im engeren Sinne	542
IV. Nachvollziehbarkeit und Protokollierung	544
V. Unabhängige Kontrollstellen	546
D. Korrekturmechanismen, Berichtigung, Sperrung und Löschung	548
I. Berichtigung	548
II. Sperrung bzw. Kennzeichnung	550
III. Löschung	551
E. Auskunftspflicht und Haftung gegenüber dem übermittelnden Staat	553
§ 20 Spezialität und Zweckbindung	554
A. Abgrenzung	554
B. Spezialität	555
C. Zweckbindung im Unionsrecht	557
I. Besondere Regelungen	557
II. Allgemeines Unionsrecht	561
III. Unionseigene Organe, Agenturen und Einrichtungen	561
D. Zweckbindung im allgemeinen Rechtshilferecht	562
I. Grundsatz	562
II. Einzelne Rechtshilfeinstrumente	562
E. Umwidmung	564
F. Weiterübermittlung	566
§ 21 Bedingungen und Vertraulichkeit	569
A. Überblick	569
B. Bedingungen	569
I. Anwendungsbereich	569
II. Wirksamkeit	570
III. Nachträgliche Bedingungen	570
IV. Rechtsfolgen	571
C. Vertraulichkeit	572
I. Regelungsmöglichkeiten	572
II. Anknüpfungspunkte	572
III. Ausnahmen	574
IV. Vertraulichkeitsschutz durch Bedingungen	574
V. Vertraulichkeitsschutz durch Verwendungs- und Verarbeitungsbeschränkungen	575

Inhaltsverzeichnis

5. Kapitel. Beweisaufnahme und Beweisverwertung	577
§ 22 Grundsätze	577
A. Aufklärungspflicht	577
B. Effektive Verteidigung, Verfahrensfairness und Konfrontationsgebot	579
§ 23 Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung	581
A. Verfahren allgemein	581
B. Erkenntnisse aus kommissarischen Ermittlungshandlungen	581
C. Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen	584
I. Allgemeine Regeln	584
II. Transnationale Videovernehmung in der Hauptverhandlung	585
D. Verlesung von Niederschriften und Erklärungen	586
I. Anwendung der allgemeinen Regeln	586
II. Niederschrift einer ausländischen richterlichen Vernehmung	590
III. Allgemeine Verlesung nach § 251 Abs. 1 StPO	602
E. Beweisanträge	605
I. Anträge auf Beweisaufnahme mit Auslandsbezug allgemein	605
II. Anträge auf Vernehmung von Auslandszeugen und -sachverständigen	608
§ 24 Beweisverwertung in strafgerichtlichen Urteilen	617
A. Bindung an den Inbegriff der Hauptverhandlung	617
B. Spezialität, Vertraulichkeit, Zustimmungsvorbehalt und andere Bedingungen	619
C. Beweisverwertungsverbote	621
I. Allgemeine Dogmatik	621
II. Konkrete Fallkonstellationen	622
III. Reichweite im konkreten Fall	629
D. Einschränkungen des Beweiswertes	631
6. Kapitel. Rechtsschutz	635
§ 25 Überblick	635
A. Rechtslage	635
B. Grundsatz des jeweiligen Rechtsschutzes und Tendenzen der Überwindung	635
C. Rechtsschutz gegen internationale Organisationen	636
D. Problem der Drittbetroffenen	637
§ 26 Rechtsschutz in Bezug auf die Informationserhebung im Ausland	637
A. Strafrechtliches Bezugsverfahren	637
B. Probleme eines ergänzenden Rechtsschutzes	641
C. Rechtsschutz im Erhebungsstaat	643
D. Regelungen im Rechtshilferecht	645
I. Europäische Union	645
II. Weitere Rechtshilfeverträge	647
III. Europäische und internationale Organisationen und Einrichtungen	647
§ 27 Rechte hinsichtlich der Datenspeicherung und Informationsverarbeitung	648
A. Überblick	648
B. Informations- und Mitteilungspflichten	653
C. Anspruch auf Auskunft über gespeicherte Informationen und Akteneinsicht	655
I. Grundlagen	655
II. Europäische Union	656
D. Ansprüche auf Berichtigung, Löschung und Sperrung	662
I. Grundlagen	662

Inhaltsverzeichnis

II. Europäische Union	663
III. Sonstige Rechtshilfeinstrumente	668
§ 28 Schadensersatz	669
A. Grundsätze	669
B. Besondere Regelungen	670
I. Haftung europäischer und internationaler Organisationen	670
II. Grenzüberschreitender Einsatz von Amtsträgern	671
III. Europäische Union im Übrigen	672
IV. Weiteres Rechtshilferecht	674
C. Umsetzung im deutschen Recht	675
I. Anspruchsgrundlagen	675
II. Voraussetzungen	675
III. Haftungszurechnung	675
D. EMRK	676


DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG